



## Bekanntmachung der Gemeinde Lindlar

### I. Nachtrag

vom 12.12.2018 zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserversorgungssatzung der Gemeinde Lindlar vom 13.12.2017.

Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2016 (GV.NRW.2016, S. 966), in der jeweils geltenden Fassung, der §§ 1, 2, 4, 6 bis 8 und 10 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NW) vom 21.10.1969 (GV. NW S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.12.2011 (GV. NW S. 687) hat der Rat der Gemeinde Lindlar in der Sitzung am 12.12.2018 folgenden I. Nachtrag zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserversorgungssatzung der Gemeinde Lindlar vom 13.12.2017 wie folgt beschlossen:

#### § 1

§ 7 Abs. 5 enthält folgende Neufassung:

Die Grundgebühr beträgt bei Wasserzählern mit einer Nennleistung von

QN 2,5 m <sup>3</sup> (3-5 m <sup>3</sup> )	8,20 € je Monat
QN 6,0 m <sup>3</sup> (7-10 m <sup>3</sup> )	12,70 € je Monat
QN 10,0 m <sup>3</sup> (20 m <sup>3</sup> )	27,20 € je Monat
QN 15,0 m <sup>3</sup> (30 m <sup>3</sup> )	39,70 € je Monat
DN 50 mm	91,20 € je Monat
DN 80 mm	109,20 € je Monat
DN 100 mm	123,20 € je Monat.

#### § 2

Dieser I. Nachtrag zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserversorgungssatzung der Gemeinde Lindlar vom 13.12.2017 tritt am 01.01.2019 in Kraft.

#### Übereinstimmungsbestätigung:

Hiermit wird bestätigt, dass der vorstehende Satzungstext (bzw. Aufstellungsbeschluss etc.) mit der Beschlussfassung aus der Gemeinderatssitzung vom 12.12.2018 übereinstimmt.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Satzungsbeschluss wird hiermit bekannt gemacht.

**Hinweis auf die Wirkung nach § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung (GO NRW):**

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn:

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Lindlar, den 13.12.2018

  
Dr. Georg Ludwig  
Bürgermeister